

Interpellation Schulthess-Grabs / Hasler-Balgach (22 Mitunterzeichnende) vom 14. Februar 2023

Wie soll die Chancengleichheit umgesetzt werden und was unternimmt der Kanton gegen die Diskriminierung von gehörlosen Menschen?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 16. Mai 2023

Katrin Schulthess-Grabs und Karin Hasler-Balgach erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 14. Februar 2023 nach Massnahmen gegen die Diskriminierung von gehörlosen Menschen im Kanton St.Gallen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Interpellantinnen weisen zurecht darauf hin, dass gehörlose Menschen in ihrem Alltag nach wie vor Benachteiligungen erfahren. Anhaltspunkte zur Situation im Kanton St.Gallen finden sich im Wirkungsbericht Behindertenpolitik¹: So wird dort z.B. in Bezug auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung festgestellt, dass Gebärdensprachdolmetschende für Arzttermine oder in Notfallsituationen nur eingeschränkt verfügbar sind. Zudem weist der Bericht auch beim hindernisfreien Zugang zu Informationen von öffentlichen Stellen (z.B. bei Behördengängen) auf einen Handlungsbedarf hin.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (SR 0.109; abgekürzt UN-BRK) greift die Benachteiligungen von gehörlosen Menschen an mehreren Stellen auf. Im Kanton St.Gallen ist insbesondere das Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung (sGS 381.4; abgekürzt BehG) in diesem Bereich massgebend. Die Regierung hat Anfang 2022 ein umfassendes Projekt zur Revision des BehG in Auftrag gegeben. Es umfasst ein Teilprojekt zu den Behindertengleichstellungsrechten, bei dem die Umsetzung der UN-BRK im Kanton genauer untersucht und der Anpassungsbedarf dargestellt werden kann.

Zu den einzelnen Fragen:

1./2. Gemäss Bericht des Bundesrates vom 24. September 2021² sehen Bund und Kantone bereits zahlreiche Massnahmen vor, um die Verwendung der Gebärdensprache zu fördern und die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe von gehörlosen Menschen zu verbessern. Der Bundesrat hat darüber hinaus entschieden, bis Ende 2023 eine Änderung des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (SR 151.3; abgekürzt BehiG) auszuarbeiten, um die Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen verbindlich zu regeln und die Gleichstellung von gehörlosen Personen beim Zugang zu Dienstleistungen und im Arbeitsleben zu fördern.³

¹ Wirkungsbericht Behindertenpolitik Kanton St.Gallen, Bericht des Departementes des Innern vom 27. November 2018, abrufbar unter www.soziales.sg.ch → Behinderung → Behindertenpolitik.

² Bericht über die Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen. Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 19.3668 Rytz Regula, 19.3670 Lohr, 19.3672 Romano und 19.3684 Reynard, abrufbar unter <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-85249.html>.

³ Medienmitteilung des Bundesrates vom 10. März 2023 und Bericht zur Behindertenpolitik 2023–2026, abrufbar unter <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-93636.html>.

Der Kanton St.Gallen bezieht in Gremien und Partizipationsgefässen, die das Themenfeld Behinderung betreffen, Menschen mit Hörbeeinträchtigung ein. Dabei werden jeweils Gebärdensprachdolmetschende eingesetzt – wie im Übrigen auch bei der Krisenkommunikation während der Covid-19-Pandemie. Der Kanton trifft sich in der Regel zwei Mal jährlich mit dem Schweizerischen Gehörlosenbund (SGB-FSS) sowie seinen Vertretenden in der Ostschweiz zu Koordinationsgesprächen und nimmt die Anliegen der Menschen mit Hörbeeinträchtigung auf. Zudem unterstützt der Kanton St.Gallen im Rahmen des Förderkredits für Menschen mit Behinderung konkrete Projekte, die auch für Menschen mit Hörbeeinträchtigung von Nutzen sein können.

3. Das Kantonsspital St.Gallen (KSSG) orientiert sich an seinem Konzept «Betreuung und Behandlung von geistig- und mehrfachbehinderten Patientinnen und Patienten im Erwachsenenalter» sowie am Dolmetscherkonzept. Letzteres umfasst zum einen das Handlungsfeld «Sicherstellung der Verständigung durch externe und interne Dolmetscherdienste». Das KSSG finanziert alle im Spital nötigen Dolmetscherleistungen⁴ zum grössten Teil selbst, die Kosten werden nicht auf die einzelnen Patientinnen und Patienten abgewälzt. Der Kanton St.Gallen unterstützt das KSSG mit einem finanziellen Beitrag für ambulante Dolmetscherkosten. Des Weiteren werden spezifische Gesundheitsinformationen in Gebärdensprache zur Verfügung gestellt und das KSSG instruiert neue Mitarbeitende über den Dolmetscherdienst. Zum anderen bezieht sich ein Handlungsfeld des Dolmetscherkonzepts auf die Sensibilisierung von Fachpersonen zur Förderung der transkategorialen Kompetenz, zum Dolmetscherkonzept sowie zum Umgang mit Menschen mit Behinderung. Die Umsetzung erfolgt mittels regelmässigen Schulungen.
4. Ist ein Kind sehr stark hörbeeinträchtigt oder primär hörgeschädigt, wird es in der Regel durch den Audiopädagogischen Dienst (APD) der Sprachheilschule St.Gallen betreut. Der APD bietet in diesem Zusammenhang auch Heilpädagogische Früherziehung bei hörgeschädigten Kleinkindern an. Hat ein Kind zusätzliche Beeinträchtigungen oder weist es weitere Störungsbilder auf, wird die Heilpädagogische Früherziehung des Heilpädagogischen Dienstes St.Gallen (HPD) hinzugezogen. Die Mitarbeitenden des HPD verfügen über ein vertieftes Grundwissen in Unterstützter Kommunikation (UK) und der Gebärdensprache PORTA.
5. Der Bund kann gemäss Art. 14 Abs. 3 Bst. a BehiG Massnahmen der Kantone zur Förderung der schulischen und beruflichen Ausbildung Hörbehinderter in der Gebärdensprache und Lautsprache finanziell unterstützen. Der Kanton St.Gallen bezieht im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes aktuell keine finanzielle Unterstützung des Bundes; eine künftige Inanspruchnahme dieser Unterstützung wird geprüft.
6. Die Sprachheilschule St.Gallen bekräftigte im September 2021 gemeinsam mit allen weiteren Gehörlosenschulen der Deutschschweiz und dem SGB-FSS in einem Grundsatzpapier ihre künftige Unterstützung, den gleichberechtigten und angemessenen Zugang zur bilingualen Bildung – also zur Gebärdensprache und Lautsprache – zu gewährleisten. Die Sprachheilschule St.Gallen ist durch den APD bei der Begleitung von Kindern mit Hörbeeinträchtigung sowie deren Eltern eingebunden (vgl. Antwort auf Frage 4.). Die Dienstleistung des APD, alle involvierten Personen bei einem hörbeeinträchtigten Kind auf Wunsch von Geburt an bis zum Beginn der beruflichen Erstausbildung zu beraten und unterstützen, wird durch den Kanton finanziert. In der Sprachheilschule St.Gallen werden im Schuljahr 2022/2023 elf Schülerinnen und Schüler mit Hörbeeinträchtigung technisch versorgt und lautsprachlich geschult. Der Einsatz von lautsprachbegleitenden Gebärdensprachen ist trotz der zunehmenden Inanspruch-

⁴ Dabei handelt es sich primär um Einsätze bei fremdsprachigen Patientinnen und Patienten und lediglich zu einem kleinen Teil um Einsätze von Gebärdensprachdolmetschenden.

nahme von Hörhilfen, wie Implantaten, gewährleistet. Benötigt die Schülerin oder der Schüler zusätzlich Gebärdensprache, erfolgt der Besuch des Landeszentrums für Hörgeschädigte in Dornbirn (Österreich), des Zentrums für Gehör und Sprache in Zürich oder des Landenhofs in Unterentfelden (AG). Für gehörlose Erwachsene steht zudem die Fachstelle des Trägervereins der Sprachheilschule zur Verfügung.⁵

7. Die Regierung beobachtet die Bestrebungen auf nationaler Ebene (vgl. Antwort auf Fragen 1./2.) und wird eine rechtliche Anerkennung der Gebärdensprache in den laufenden Projektarbeiten der Revision des kantonalen BehG prüfen.

⁵ Abrufbar unter <https://www.bfsug.ch/beratungsstellen/netzwerk-2/>.